

# Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

Ein skuriles Ereignis hat im vergangenen Jahr zu einer öffentlichen Debatte über das Verhältnis der EU zu den Religionen geführt: Im jährlich von der EU herausgegebenen Schülerkalender wurden zwar religiöse Feste verschiedener Religionen, nicht aber christliche Feiertage wie Ostern und Weihnachten ausgewiesen. Kritiker sahen sich in ihrer Vermutung bestätigt, dass die EU die christliche Prägung des Kontinents missachte. Der zuständige Kommissar John Dalli und Kommissionspräsident José Manuel Barroso entschuldigten sich bei den Kirchen und kündigten eine Korrektur des Kalenders an.<sup>1</sup> Von der Öffentlichkeit weit weniger beachtet wurde eine diplomatische Verwicklung zwischen der Kommission und dem Heiligen Stuhl: Bei der Seligsprechung von Johannes Paul II. am 1. Mai 2011 in Rom wurde Kommissionspräsident Barroso nicht zu einem Empfang von Papst Benedikt XVI. für Staats- und Regierungschefs durchgelassen, da für die EU lediglich der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, auf der Einladungsliste stand. Verärgert protestierte Barroso auf diplomatischem Weg beim Heiligen Stuhl.<sup>2</sup>

Doch weder das Mißgeschick beim Schülerkalender noch die diplomatische Verstimmung können darüber hinwegtäuschen, dass es nicht schlecht um die Beziehungen zwischen der EU und den Religionsgemeinschaften steht. Auch die Präsenz nicht nur nationaler Regierungsvertreter, sondern ebenso europäischer Amtsträger spricht für ein zunehmend unverkrampftes Verhältnis der EU zur Religion.

## Institutionalisierter Dialog

Beim High Level Religious Leaders Meeting hat es sich nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eingeschpielt, dass neben dem (einladenden) Präsidenten der Kommission und dem Parlamentspräsidenten der Präsident des Europäischen Rates teilnimmt. Auch im Jahr 2011 empfangen die drei Präsidenten hochrangige Vertreter der verschiedenen christlichen Konfessionen, des Judentums, des Islam sowie des Buddhismus. Das Religionsführertreffen am 30. Mai 2011 unter dem Titel „Eine Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ (der die Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin vom 8. März aufgriff) hatte den Arabischen Frühling und seine Folgen zum Gegenstand. Neben weiteren Kommissaren nahm von Seiten der EU auch der für den Kontakt mit den Religionsgemeinschaften zuständige Parlamentsvizepräsident László Tökes teil.<sup>3</sup> Darüber hinaus führte die Europäische Kommission mit der Kommission der Bischofskonferenzen der EU (COMECE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) am 27. Juni 2011 ein

---

1 Vgl. Die Welt: EU-Kalender ohne Weihnachten, 14.01.2011. Patrick Roger Schnabel: Ein EU-Kalender wird zum Politikum, in: EKD-Europa-Informationen 136/2011, S. 7-8.

2 Vgl. EUobserver: Vatican protocol favours Van Rompuy, snubs Barroso, 20.05.2011, <http://euobserver.com/843/32371>.

3 Vgl. die Pressemitteilung der Europäischen Kommission: „Demokratische Rechte und Freiheiten: Präsidenten der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates diskutieren mit Kirchenführern, 30.05.2011, IP/11/658.

Dialogseminar zur Roma-Strategie der EU mit dem zuständigen Kommissar László Andor durch.<sup>4</sup>

Gute Beziehungen unterhielten die Kirchen auch zu den Ratspräsidentschaften: Am 12. September 2010 fand ein Treffen von ComECE und KEK mit dem belgischen Ministerpräsidenten Yves Leterme statt, obwohl dies wegen der nur noch geschäftsführenden Funktion der Regierung und des traditionell laizistischen Staat-Kirche-Verständnisses Belgiens nicht selbstverständlich ist. Beide Seiten äußerten dabei Interesse an einem Dialog auch auf nationaler Ebene.<sup>5</sup> Mit der ungarischen Ratspräsidentschaft fand am 17. Januar 2011 ein Dialog statt, an dem nicht nur europäische und nationale Vertreter der christlichen Kirchen beteiligt waren, sondern entsprechend einer Tradition der Staat-Kirche-Beziehungen in Ungarn auch die jüdische Gemeinschaft. Von Seiten der ungarischen Regierung nahmen neben Ministerpräsident Viktor Orbán auch sein Stellvertreter und mehrere Staatssekretäre teil; inhaltlich standen vor allem die Familienpolitik, die Situation der Roma, Religionsfreiheit und die Donauraumstrategie im Mittelpunkt.<sup>6</sup>

Aus deutscher Perspektive ist auch der Besuch des Rates der EKD am 26. Mai 2011 in Brüssel von Bedeutung. Mit der Tagung dieses kirchlichen Gremiums in Brüssel ist natürlich eine positive europapolitische Aussage verbunden, die auch in den Gesprächen und Ansprachen zum Ausdruck gekommen ist.<sup>7</sup>

### Erweiterung des Dialogs

Die Präsidenten Barroso, Buzek und van Rompuy trafen sich am 15. Oktober 2010 auch mit weltanschaulichen Gemeinschaften, die nach Art. 17 AEUV ebenfalls einen Dialog mit der EU unterhalten, zu einer Diskussion über Armut und soziale Ausgrenzung. Im Vorfeld kritisierte die Europäische Humanistische Föderation (EHF), dass die Kommission neben atheistischen und säkularen Verbänden auch Freimaurer am Treffen beteiligte.<sup>8</sup> Darüber hinaus führte die Kommission erstmals auch Dialogseminare jenseits der seit vielen Jahren mit den Kirchen üblichen durch: Am 15. November 2010 veranstaltete sie gemeinsam mit Freidenkern der Association européenne de la Pensée Libre ein Dialogseminar zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Beteiligung von Kommissar Andor. Mit einem europäischen Zusammenschluß von Freimaurern, Contribution des obédiences maçonniques libérales et adogmatiques à la construction européenne (COMALACE), fand am 12. Juli 2011 ein Dialogseminar zum Thema „Die Jugendpolitik der Europäischen Kommission“ statt.<sup>9</sup> Damit deutet sich an, dass die Kommission das mit den Kirchen bewährte Veranstaltungsmodell auch auf den Dialog mit den Weltanschauungsgemeinschaften übertragen möchte. Darüber hinaus hat die EHF auch die Ratspräsidentschaften um Treffen wie mit den Kirchen gebeten.<sup>10</sup> Erstmals fand ein solcher Dialog

---

4 Vgl. Pressemitteilung ComECE/KEK: Roma-Integration: Notwendigkeit, Herausforderung und Pflicht, 27.06.2011.

5 Vgl. Pressemitteilung ComECE/KEK: Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen treffen sich mit der belgischen EU-Präsidentschaft, 14.10.2010.

6 Vgl. Pressemitteilung ComECE/KEK: „Europa den Menschen näher bringen“. Kirchen treffen die ungarische EU-Präsidentschaft, 19.01.2011.

7 Vgl. Katrin Hatzinger: „Beredete Loyalität“ – Der Rat der EKD in Brüssel, in: EKD-Europa-Informationen 137/2011, S. 6.

8 Vgl. EUobserver: EU to hold atheist and freemason summit, 19.07.2010, <http://euobserver.com/851/30506>.

9 Vgl. BEPA: Dialogue with religion, churches and communities of conviction, [http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index_en.htm).

mit der belgischen Präsidentschaft statt, was vor dem Hintergrund der gleichen Rechtstellung von Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in Belgien naheliegend ist. Allerdings empfing der belgische Ministerpräsident die EHF erst am 11. Januar 2011, also nach Abschluss der Präsidentschaft.<sup>11</sup> Aber auch die ungarische Präsidentschaft hat den Dialog übernommen und am 24. Mai 2011 die EHF getroffen.<sup>12</sup> Damit ist wie vom Lissabonner Vertrag vorgesehen der mit den Religionsgemeinschaften gepflegte Dialog nun weitestgehend auf die Weltanschauungsgemeinschaften übertragen worden.

Der Präsident des Europäischen Rates van Rompuy unterstrich beim Religionsführertreffen, dass der Dialog mit den Religionen für die drei Präsidenten nicht nur rechtliche Verpflichtung, sondern auch persönliches Anliegen sei,<sup>13</sup> und brachte damit die Bedeutung der handelnden Personen für die Beziehungen zum Ausdruck. Während Parlamentspräsident Buzek am 28. Februar 2011 bei einer Privataudienz bei Papst Benedikt XVI. in Rom die Einladung seines Vorgängers an den Papst ins Europaparlament erneuerte,<sup>14</sup> bleibt abzuwarten, ob der – auch parteipolitische – Wechsel im Amt des Parlamentspräsidenten 2012 Auswirkungen auf die Beziehungen haben wird. Um den Dialog aber gerade nicht dem individuellen Belieben anheimzustellen, wird auch der „Dialog über den Dialog“, also die Debatte zwischen den Institutionen und den Religionsgemeinschaften über die Ausgestaltung des Dialogs, weitergeführt. So fand im Anschluss an das Religionsführertreffen am 30. Mai 2011 im Europaparlament eine Diskussionsveranstaltung über die Struktur des Dialogs statt.<sup>15</sup>

Hinsichtlich der Beteiligung der Kirchen am gemeinsamen Register der EU-Institutionen für Interessensvertreter konnte am 10. November 2010 eine Einigung gefunden werden: Das „Transparenzregister“ vermeidet einen namentlichen Bezug zu Lobbying und führt eine eigene Kategorie für die Vertretungen der Religionsgemeinschaften ein. Die unter Art. 17 AEUV fallenden Gemeinschaften selbst müssen sich nicht registrieren.<sup>16</sup>

### **Religionsfreiheit in der Außenpolitik**

Intensiv wurde im letzten Jahr über die Rolle der Religionsfreiheit in der EU-Außenpolitik diskutiert. Dabei ging es zum einen um die Forderung vor allem der Kirchen und von Europaabgeordneten, die Bedeutung der Religion in den internationalen Beziehungen müsse sich auch institutionell in der Organisation des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) widerspiegeln.<sup>17</sup> Das Europaparlament hat am 20. Januar 2011 die Hohe Vertreterin in einer EntschlieÙung aufgefordert, dass der EAD auch Zuständigkeit für die Aspekte der

10 Vgl. Brief der EHF an die spanische, belgische und ungarische Ratspräsidentschaft, 01.03.2010, <http://www.humanistfederacion.eu/download/228-%20letter%20to%20Spanish%20Council%20Presidency,%20Mar10.pdf>.

11 Vgl. EHF: Treffen der EHF mit dem Präsidenten des EU Ministerrates, 17.01.2011, [http://www.humanistfederacion.eu/index.php?option=com\\_content&view=article&id=510](http://www.humanistfederacion.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=510).

12 Vgl. Pressemitteilung EHF: EHF meets Hungarian Presidency of the EU, 24.05.2011.

13 Seine religiöse Bindung hat van Rompuy zuletzt zum Ausdruck gebracht mit dem Buch: *Christentum und Moderne. Werte für die Zukunft Europas*, Kevelaer 2010.

14 Vgl. Kathpress: Papst empfängt EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek, 28.02.2011, <http://www.kathpress.at/site/nachrichten/archiv/archive/37794.html>.

15 Vgl. Patrick Roger Schnabel: Anhörung zur Ausgestaltung des Dialogs zwischen EU und Kirchen, in: *EKD-Europa-Informationen* 137/2011, S. 11-12.

16 Vgl. Patrick Roger Schnabel: EP und Kommission verständigen sich auf ein „Transparenzregister“, in: *EKD-Europa-Informationen* 135/2010, S. 26; Alessandro Calcagno: *Transparenzregister: neue Aussichten für das EU-Recht und die Politikgestaltung*, in: *Europe Infos* 139/2011, S. 5.

Religion in der Außenpolitik erhalten soll und dass beim Aufbau des EAD Religion organisatorisch in Form einer Kapazität in der Direktion Menschenrechte berücksichtigt wird.<sup>18</sup>

Zum anderen hat sich die EU angesichts zahlreicher Anschläge auf Christen weltweit auch inhaltlich mit der Religionsfreiheit befasst. Vor diesem Hintergrund hat das Europaparlament in der Entschließung vom 20. Januar 2011 die europäischen Institutionen aufgefordert, der Religionsfreiheit und der Verfolgung von Christen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Besonders kontrovers wurde die Diskussion im Rat geführt, wo sich die Außenminister am 31. Januar 2011 zunächst nicht auf eine Erklärung einigen konnten. Der von Catherine Ashton vorgelegte Entwurf nahm nicht konkret auf die christlichen Minderheiten Bezug, sondern sprach vom Schutz religiöser Minderheiten und wurde deshalb von Italien (unterstützt von Frankreich, Ungarn und Polen) abgelehnt. Demgegenüber hatten andere Regierungen, vor allem aus Nordeuropa und Großbritannien, Bedenken, eine verfolgte Minderheit hervorzuheben.<sup>19</sup> Erst ein zweiter Entwurf, der sich sowohl auf die Verfolgung von Christen als auch von Muslimen und anderen Religionsangehörigen bezog, fand am 21. Februar die Zustimmung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten.<sup>20</sup>

### Rechtsprechung des EGMR

Die zunehmenden Kontroversen in Europa über Religion im öffentlichen Raum beschäftigten immer mehr auch die nationalen und europäischen Gerichte, insbesondere den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Mit großer Spannung war die Entscheidung der Großen Kammer des EGMR vom 18. März 2011 im Fall Lautsi erwartet worden. Während die Kammer der Klägerin, die sich gegen Kreuze in italienischen Schulräumen wandte, zunächst recht gab, hielt die Große Kammer Schulkreuze für konventionskonform und hob das Urteil aus dem Jahr 2009 auf.<sup>21</sup> Von hoher Bedeutung waren aber auch Entscheidungen des EGMR zu Fragen des kirchlichen Arbeitsrechts, vor allem in Deutschland. Dabei setzte sich die Tendenz fort, dass die Richter eine Abstufung der Loyalitätsverpflichtungen von kirchlichen Mitarbeitern je nach ihrer „Verkündigungsnähe“ annehmen und die Entscheidung über die Definition eines Kernbereichs der Verkündigung für sich beanspruchen.<sup>22</sup> Nicht zuletzt verhandelte und genehmigte der EGMR auch die Pflicht zur Religionsangabe auf der Lohnsteuerkarte (und damit de facto die Durchführbarkeit des

---

17 Vgl. Patrick Roger Schnabel: Religion als Faktor außenpolitischer Analyse und Strategie, in: EKD-Europa-Informationen 135/2010, S. 9; ders.: Das langsame Werden des EAD, in: EKD-Europa-Informationen 136/2011, S. 8.

18 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2011 zur Lage der Christen im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit, P7\_TA(2011)0021.

19 Vgl. EUobserver: EU ministers in discord on 'Christianity' and persecution, 01.02.2011, <http://euobserver.com/9/31728>.

20 Council Conclusions on intolerance, discrimination and violence on the basis of religion or belief, 21.02.2011, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/genaff/119404.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/119404.pdf). Vgl. EUobserver: EU overcomes internal hurdles to condemn religious persecution, 22.02.2011, <http://euobserver.com/9/31848>.

21 EGMR, Urteil der Großen Kammer vom 18.03.2011, Lautsi ./ Italien, Nr. 30814/06. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Gerichtshof: Kruzifixe in Klassenzimmern rechtens, 19.03.2011.

22 EGMR, Urteil vom 23.09.2010, Obst ./ Deutschland, Nr. 425/03; Urteil vom 23.09.2010, Schüth ./ Deutschland, Nr. 1620/03, Urteil vom 03.02.2011, Siebenhaar ./ Deutschland, Nr. 18136/02. Vgl. Christoph Grabenwarter / Katharina Pabel: Das kirchliche Arbeitsrecht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, in: Kirche & Recht, H. 1/2011, S. 55-70; Jacob Joussen: Die Folgen des Mormonen- und des Kirchenmusikerfalls für das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland, in: Recht der Arbeit, H. 3/2011, S. 173-178.

Kirchensteuereinzugs).<sup>23</sup> Angesichts der zunehmenden Bedeutung des EGMR für die Regelung von Fragen der Religionsfreiheit und des Staatskirchenrechts beobachten auch die Kirchen mit großem Interesse, wie sich nach dem Vertrag von Lissabon der Beitritt der EU zur EMRK und damit auch das Verhältnis des Europäischen Gerichtshofs zum EGMR entwickeln wird.<sup>24</sup>

### **Nationale Entwicklungen**

In den Mitgliedstaaten der EU haben sich ebenfalls bemerkenswerte Entwicklungen im Verhältnis von Staat und Kirche vollzogen, die wegen ihrer Bedeutung oder ihrer Parallelität auch europaweite Konsequenzen haben: So haben Fälle sexuellen Missbrauchs im Bereich der Kirche, die in verschiedenen Ländern bekannt geworden sind, nicht nur vor allem die katholische Kirche in eine Vertrauenskrise geführt, sondern sie haben in einzelnen Ländern auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Staat und Kirche: In Belgien durchsuchte die Polizei im Juni 2010 den Sitz des Erzbistums Brüssels, setzte die anwesenden Bischöfe stundenlang fest und nahm ihnen Handys und vertrauliche Unterlagen ab. Auch die Gräber ehemaliger Kardinäle in der Kathedrale wurden bei der Suche nach versteckten Unterlagen aufgebohrt. Der Einsatz, der von der Justiz im Nachhinein als unrechtmäßig bewertet wurde, führte zu einer deutlichen Belastung im Kirche-Staat-Verhältnis. Der Heilige Stuhl protestierte nachdrücklich und bestellte den belgischen Botschafter ein. Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone bezeichnete das Vorgehen als „unerhört und schwerwiegend“.<sup>25</sup> In Irland, das seit einigen Jahren intensiv mit der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im kirchlichen Bereich beschäftigt ist, bezeichnete Ministerpräsident Enda Kenny am 20. Juli 2011 in einer emotionalen Rede vor dem Parlament den Vatikan als „abgehoben, elitär und narzisstisch“ und erhob den Vorwurf, „dass der Heilige Stuhl versucht hat, in einer souveränen Republik Untersuchungen zu behindern“. Die Beziehungen zwischen mit dem Vatikan könnten „nicht mehr die gleichen bleiben“. Diese Vorwürfe stellen die Beziehungen tatsächlich auf eine schwere Probe und führten zur Rückberufung des Nuntius aus Irland. Auch scheint sich Irland momentan nicht zu bemühen, den vakanten Posten des Botschafters beim Heiligen Stuhl neu zu besetzen.<sup>26</sup>

Welche Bedeutung Religion für ein Gelingen der europäischen Integration haben kann, wurde hingegen beim Besuch von Papst Benedikt XVI. in Kroatien im Juni 2011 wenige Tage vor dem Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen deutlich. Nachdem das Urteil des UN-Kriegsverbrechertribunals in Kroatien auch bei den Bischöfen auf große Empörung gestoßen und die Zustimmung zur EU rapide gesunken war, unterstützte der Papst bei seinem Besuch den EU-Beitritt Kroatiens ausdrücklich.<sup>27</sup>

---

23 EGMR, Urteil vom 17.02.2011, Wasmuth ./ Deutschland, Nr. 12884/03. Vgl. Felix Hammer: Neue Gerichtsentscheidungen zu Verfassungsfragen des Kirchensteuerrechts, in: *Kirche & Recht*, H. 1/2011, S. 108-112.

24 Vgl. Katrin Hatzinger: Auf zu neuen Ufern? – Der Europäische Gerichtshof nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, in: *EKD-Europa-Informationen* 133/2010, S. 1-3.

25 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Bertone rügt belgische Ermittler, 27.06.2010.

26 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Irische Zuspitzungen, 29.07.2011; *Neue Zürcher Zeitung*: Das katholische Irland emanzipiert sich vom Vatikan, 27.07.2011.

27 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Benedikt XVI.: Familie schützen und fördern, 06.06.2011.

**Weiterführende Literatur**

Friederike Böllmann: Organisation und Legitimation der Interessen von Religionsgemeinschaften in der europäischen politischen Öffentlichkeit, Würzburg 2010.

Heinz Duchhardt / Malgorzata Morawiec (Hrsg.): Die europäische Integration und die Kirchen, Göttingen 2010.

Juan Ferreiro: Islam and state in the EU, Frankfurt am Main 2011.

Lucian N. Leustean / John T. S. Madeley (Hrsg.): Religion, Politics and Law in the European Union, London / New York 2010.

Jamal Malik (Hrsg.): Mobilisierung von Religion in Europa, Frankfurt am Main 2010.

Ronan McCrea: Religion and the Public Order of the European Union, Oxford 2010.

Religiöse Intoleranz und Diskriminierung in ausgewählten Ländern Europas, Teil I (= Religion – Staat – Gesellschaft, H. 2/2010).

Patrick Roger Schnabel: Die Entstehung eines „europäischen Religionsrechts“ – Kirchliche Interessen und kirchlicher Beitrag, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung 2011, S. 440-471.